



Im agrarpolitischen Gespräch konnten Vertreter des BBV und vlf mit den örtlichen Mandatsträgern viele Probleme aufzeigen.

Foto: Elisabeth Ammer

Austausch über die Landwirtschaft

BBV und Verband landwirtschaftlicher Fachbildung sprechen mit Mandatsträgern

Straubing-Bogen/Riedling. (eam) Viele der Vorschriften und Verordnungen, die die Landwirte einhalten müssen, sind für sie fachlich nicht immer nachvollziehbar. In regelmäßigen Abständen veranstalten der Bayerische Bauernverband (BBV) und der Verband landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf) Straubing ein agrarpolitisches Gespräch. Dauerbrennerthemen wie Düngeverordnung, Gewässerrandstreifen, Planungssicherheit oder auch regionale Lebensmittelerzeugung wurden rund drei Stunden mit den örtlichen Mandatsträgern diskutiert. Gastgeber des Gesprächs war Familie Englberger in Riedling, Gemeinde Oberschneiding.

Planungssicherheit für Landwirte gefordert

Die Landwirtschaft habe es während der Corona-Pandemie geschafft, die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten, stellte BBV-Bezirkspräsident Gerhard Stadler eingangs fest. Die daraus zu ziehende Lehre sei, dass die regionale Lebensmittelerzeugung an Bedeutung gewinne.

Es sollen verschiedene Themen zur Sprache kommen, so Stadler, man wolle aber keinesfalls ökologische und konventionelle Landwirtschaft gegeneinander ausspielen. Der Verbraucher entscheide darüber, denn die Entwicklung müsse marktgetragen sein, spielte Stadler auf die Leserbriefdiskussion im Straubinger Tagblatt an.

Robert Englberger verwies auf die jahrhundertalte Tradition seines Betriebes und forderte von der

Politik eine gewisse Planungssicherheit ein. Vieles was ökologisch sinnvoll sei, berge auch eine Reihe von Risiken, spielte er auf den Anbau von Zwischenfrüchten an. Der Drahtwurm finde hier beste Lebensbedingungen vor, befalle die Speisekartoffeln, die so nicht mehr vermarktungsfähig sind und entsorgt werden müssen.

Beizen, die den Drahtwurm in Schach halten, sind in Deutschland verboten, wies Robert Englberger hin. Die digitale Erfassung der Flächen sei etwas völlig anderes als praktische Landwirtschaft, wie stellvertretender Kreisobmann Franz Lehner hinwies. Bei den Flächenangaben werde lediglich eine Abweichung von 50 Quadratmeter pro Feldstück toleriert und dies

habe nichts mit der Praxis zu tun. MdB Alois Rainer (CSU) arbeitete einige der Themen ab und gab einige interessante Hinweise. Man müsse mit geballten Kräften in der Politik darauf hinarbeiten, dass die Landwirte für die Dauer der Abschreibung ihrer Investition Planungssicherheit erhalten, machte Alois Rainer nachdrücklich deutlich.

Stellvertretende Kreisbäuerin Brigitte Landstorfer wollte wissen, warum bei Ackergras alle fünf Jahre umgebrochen und neu angesät werden müsse. Es müsse doch möglich sein, dies anders zu regeln, um dennoch den Ackerstatus zu erhalten und bat um Abschaffung. Das verstehe kein Mensch, bestätigte Stadler, sei EU-Recht, derzeit sehe es so

aus, dass für dieses Problem wieder keine Lösung gefunden wurde. Es gebe weitere Beispiele, die fachlich nicht nachvollziehbar und sogar ökologisch unsinnig sind, wie der Bezirkspräsident feststellte.

Es wurde seitens der Landwirte auch die Bewässerung angesprochen, die Trinkwasserversorgung habe Vorrang, aber die Produktion von Lebensmitteln rangiere gleich dahinter, so Stadler. Die Golfplätze benötigen mehr Wasser für die Bewässerung als die Lebensmittelproduktion, zeigte er auf. Es werden kaum Brunnen genehmigt, lautete der Tenor.

Verfassungsrang für Lebensmittelversorgung

Landrat Josef Laumer verwies auf die Bindung an Fachbehörden, „eine Lösung muss in der höheren Politik gefunden werden“. Viele Themen müssten gesamtgesellschaftlich gelöst werden, stellte Gerhard Stadler fest.

Die Lebensmittelproduktion werde noch viel stärker in den Mittelpunkt der Diskussion rücken, ist sich Erhard Grundl sicher und widerspricht der Aussage vehement, dass „regional das neue Bio ist“.

Der Lebensmittelversorgung müsse Verfassungsrang eingeräumt werden, forderte Franz Lehner, außerdem sei es ein Unding, dass bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen zusätzliche Ausgleichsflächen geschaffen werden müssen. Dies sei bereits in Arbeit, bestätigte Josef Zellmeier, er werde dem Bayerischen Bauernverband Infos zukommen lassen.

Europäische Agrarpolitik

Gerhard Stadler skizzierte den momentanen Sachstand bei der Fortführung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP), die sich gerade im Bayern mit dem vielfältigen Kulturlandschaftsprogramm negativ auswirken könne. Denn alles, was zur Vorschrift werde, könne nicht gefördert werden. MdL Josef Zellmeier wisse um diese Ungleichbehandlung, die auch in weiteren Bereichen der GAP zum Tragen kommt.

Man „wolle aber probieren, was geht“, so Zellmeier.

Dies könne er so nicht bestätigen, dass man die Landwirte angemessen entschädige, meldete sich vlf-Vorsitzender Josef Peringer zu Wort.

Dies erläuterte er an der Verpflichtung zu Gewässerrandstreifen, die Entschädigung wurde massiv abgeschmolzen. Außerdem müsse der Landwirt seine Gewässerrandstreifen selbst ins System eintragen, es stünden aber keine digitalen Gewässerkarten zur Verfügung, wie Peringer aufzeigte, so sei es nahezu unmöglich, dies richtig zu machen.

Der Landwirtschaft werde seit Jahrzehnten vorgegaukelt, dass alles nicht so schlimm kommen werde und das Gegenteil sei der Fall, verwies MdB Erhard Grundl (Grüne) auf die Agrarpolitik in Land und Bund. Es gebe nur eine Richtung, eine umweltverträgliche Landwirtschaft, so Grundl.